

»» **Anträge**



# Antragsbuch für den Unterbezirksparteitag | Empfehlungen der Antragskommission

(Stand: 17. April 2022)

---

## *Mitglieder der Antragskommission und thematische Zuordnung*

---

- Albers, Marco (Jusos, OV Nordstadt)
- Boidol, Nina (UBV) **(BI - Bildung/Kinder und Jugend)**
- Schulze, Peter (UBV)
- Halbrügge, Anton (Jusos, OV Ronnenberg) **(M - Mobilität)**
- Heinrich, Ronja (Jusos)
- Hendricks, Dr. Kirsten (UBV) **(S - Satzungsändernde Anträge)**
- Ohse, Marc-Dietrich (OV Kleefeld-Heideviertel) **(BA - Bauen und Wohnen)**
- Peisker, Niklas (Jusos) **(V - Verschiedenes)**
- Rödel, Bernd (UBV)
- Sandow, Michael (OV Oststadt-Zoo) **(AS - Arbeit und Soziales)**
- Schlüter, Janina (OV Oststadt-Zoo) **(U - Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz/Landwirtschaft)**
- Schmalstieg, Philipp (UBV) **(AP – Arbeitsprogramm)**
- van der Zanden, Lisa (UBV) **(AP - Arbeitsprogramm; F - Finanzen)**
- Walkowiak, Justina (Jusos) **(BI - Bildung/Kinder und Jugend)**
- Zaman, Belgin (OV Kleefeld-Heideviertel)

---

## *Inhaltsverzeichnis*

---

- **AP - Arbeitsprogramm** Seite 4-8
  
- **AS - Arbeit und Soziales**
  - AS-1 - Kein Obligatorium in der privaten Altersvorsorge Seite 9
  - AS-2 – Sachgrundlose Befristung abschaffen! Seite 10
  - AS-3 – Mitbestimmung stärken und modernisieren Seite 11-12
  - AS-4 - Erhalt des Klinikums Region Hannover in der Trägerschaft der Region und zum Erhalt aller Standorte vor Ort Seite 13
  
- **BA - Bauen und Wohnen**
  - BA-1 – Erbbaurecht Seite 14-15
  - BA-2 - Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes und der Erhöhung der Anzahl an Belegrechtswohnungen Seite 16
  
- **BI - Bildung/Kinder und Jugend**
  - BI-1- Die richtigen Lehrkräfte zu ihren SchülerInnen: Einstellungsmöglichkeiten, Studium und Stundenverpflichtungen anpassen! Seite 17
  
- **F - Finanzen**
  - F-1 - Landesmedienanstalt stärken - Für Qualitätsjournalismus, Meinungsvielfalt und Medienkompetenz Seite 18
  - F-2 - Bundesratsinitiative zur Vermögenssteuer und zur Geltendmachung der Einnahmeausfälle Seite 19-20
  - F-3 – Solidarische Anpassung der Gewerbesteuer Seite 21
  
- **M - Mobilität**
  - M-1 – Digitales Jobticket Seite 22
  - M-2 – Schaffung von Förderinstrumenten für die Kommunen zur langfristigen Kostenfreiheit des ÖPNV Seite 23
  
- **P – Partei**
  - P-1 – Doppelmandate Seite 24
  
- **S - Satzungsändernde Anträge**
  - S-1 – Einberufung ordentlicher a. o. Unterbezirksparteitage Seite 25
  - S-2 – Doppelspitze Seite 26
  - S-3 – Einführung einer Doppelspitze mit Ehrenamtsquote im UBV Seite 27-28

- **U - Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz/Landwirtschaft**

U-1 – Mutterkonzern muss erkennbar sein – die Endverbraucher:innen mit mehr Transparenz schützen! Seite 29

U-2 – Bei AHA mehr Nachhaltigkeit durchsetzen Seite 30-31

- **V - Verschiedenes**

V-1 – Abwahl Ausschussvorsitz Seite 32

V-2 - Freies WLAN für Hannover Seite 33

# 1 **Arbeitsprogramm 2022/23**

---

## 2 **AP-1**

### 3 *Arbeitsprogramm des SPD Unterbezirks Region Hannover für die Jahre 2022 und 2023*

---

4 **Antragsteller:in:** Unterbezirksvorstand

5 **Adressat:in:** Unterbezirksvorstand, Unterbezirksparteitag, Ortsvereine im SPD-Unterbezirk Region  
6 Hannover

7 **Zur Weiterleitung an:** Unterbezirksvorstand, Ortsvereine im SPD-Unterbezirk Region Hannover

8 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

9 In den vergangenen 3 Jahren hat der SPD-Unterbezirk Region Hannover hart gearbeitet. Eine  
10 Klausurtagung und eine Befragung unserer Ortsvereine war die Grundlage unseres Handelns. Die  
11 Corona-Pandemie war ein tiefer Einschnitt in unsere Arbeit und wird auch in den vor uns liegenden  
12 Jahren zu neuen Herausforderungen führen. Insbesondere die beiden vergangenen Jahre haben im  
13 Unterbezirk völlig neue Arbeitsweisen erfordert und beträchtliche Teile unseres Arbeitsprogramms  
14 verändert.

15 Dennoch haben wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen können: Steffen Krach ist der neue  
16 Regionspräsident und die SPD ist erneut die stärkste Fraktion in der Region Hannover. Damit nicht  
17 genug, auch bei der Wahl in den Räten der 21 Kommunen hat es viele gute Ergebnisse gegeben.  
18 Ebenso bei den Wahlen der Hauptamtlichen. Wir stellen derzeit 12 Bürgermeister:innen. Das ist ein  
19 großer Erfolg. Die gewonnene Bundestagswahl rundet das Bild der SPD in der Region Hannover ab.  
20 Alle Bundestagswahlkreise konnten von den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD gewonnen  
21 werden. Die Bundesregierung wird sozialdemokratisch geführt.

22 Wir haben auf die Pandemie reagiert und die Partei „digital ertüchtigt“. Videokonferenzen, Online-  
23 Abstimmungen und Briefwahlen, wir können schon auch ein bisschen stolz sein, wie wir mit diesen  
24 Herausforderungen umgegangen sind. Und das gilt auch für die Ortsvereine im Unterbezirk. Wir  
25 haben auch auf die veränderten Anforderungen im medialen Bereich reagiert und sehen dies auch  
26 als eine von vielen Herausforderungen für die Zukunft. Wir sehen uns daneben mit einer ganzen  
27 Reihe von politischen Aufgaben konfrontiert.

28 Eine neue Klimapolitik, Mobilitätswende, Wohnungspolitik, wachsende Staatsverschuldung,  
29 weltweite Instabilitäten, Zuwanderung, Alterung der Gesellschaft sind Themen, die auf allen  
30 politischen Ebenen bearbeitet und diskutiert werden müssen. Wir alle spüren auch gesellschaftliche  
31 Konflikte, bedingt durch sehr unterschiedliche Sichtweisen auf unseren Staat, und damit verbunden  
32 ein Auseinanderdriften und Polarisieren, das bislang in diesem Ausmaß nicht da war. Zurzeit macht  
33 sich das an der Debatte um die Pandemiebekämpfung und deren staatliche Maßnahmen fest.  
34 Aufgabe der SPD wird es sein, gesellschafts- und sozialpolitisch gegenzusteuern und den Weg zu  
35 einer sozial ausgewogenen Gesellschaft im Fokus ihres Handelns zu behalten. Dazu wird es  
36 notwendig sein, Veränderungen in der Gesellschaft wahrzunehmen und glaubwürdige Lösungen für  
37 die Zukunftsthemen zu erarbeiten. Nur so kann es uns gelingen, in den Räten und Parlamenten auch

1 in Zukunft die notwendigen Mehrheiten zu haben, um unsere Ideen, unsere Programme auch  
2 umzusetzen.

3 Eine zukunftsfähige Programmatik kann nicht wirken, wenn die Parteistrukturen keine vernünftige  
4 Antwort auf die Bedarfe zukunftsfähiger Parteiarbeit geben. Die gelernten Organisationsformen, die  
5 bisherigen Formate des Arbeitens und Mitmachens befinden sich durch die Pandemie aber auch  
6 durch die gesellschaftlichen Entwicklungen in einem ständigen Veränderungsprozess.

7

## 8 **Mitgliederbetreuung und -qualifizierung (Projektbeginn 1. Quartal 2023, Abschluss 4. Quartal** 9 **2023)**

10 Partei lebt vom Machen und Mitmachen. Es muss uns gelingen unsere Mitglieder darin zu stärken.  
11 Es gibt zahlreiche Angebote auf unterschiedlichen Ebenen. Um diese Angebote attraktiv und nutzbar  
12 zu machen, hilft gute Übersicht, persönliche Ansprache und attraktive Darstellung des Angebotes  
13 durch entsprechende Materialien. Der Unterbezirk qualifiziert die Mandatsträger:innen, Mitglieder  
14 und Mitarbeiter:innen und nutzt dabei die Angebote des Bezirks bzw. -Landesverbandes. Wir  
15 möchten ermöglichen, dass Expertise, Kompetenzen und Fähigkeiten zur „Grundausstattung“ von  
16 Funktionär:innen und Mandatsträger:innen sowie möglicher Kandidat:innen gehören.

17 Dazu wollen wir auf Unterbezirksebene eine:n Mitgliederkoordinator:in beschäftigen, der/die die  
18 Ortsvereine beim Heben vorhandener Ideen und Ressourcen, für die Vernetzung von Mitgliedern  
19 untereinander und den Austausch der Partei mit Nichtmitgliedern und bei der Umsetzung von Ideen  
20 zur Parteiarbeit unterstützt. Wir werden spezifische Übersichten für Qualifizierungs- und  
21 Weiterbildungsangebote für Menschen in unterschiedlichen Funktionen und Mandaten erstellen.  
22 Hierzu werden wir die Schulungsangebote, aber auch Informationsquellen zur Selbstschulung des  
23 Bezirks- bzw. Landesverbandes, der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen e.V. (PBN) und  
24 der Bundespartei zusammenstellen. Hierbei sollen insbesondere auch die bei der Umfrage 2019  
25 aufgezeigten Bedarfe zu Social Media und Homepage sowie zu Aufgaben und  
26 Gestaltungsmöglichkeiten von Mitgliedern in Vorständen abgedeckt werden.

27 Für alle Engagierten, die sich den grundsätzlichen Zielen der Partei verpflichtet fühlen, wollen wir  
28 Mitmachmöglichkeiten anbieten, ob Mitglied oder Nichtmitglied. Hierfür werden wir  
29 unterschiedliche Formate zusammenstellen, damit sich jede:r nach ihren/seinen Möglichkeiten und  
30 Interessen einbringen kann. Die vorhandene Kompetenz in unseren Ortsvereinen möchten wir  
31 nutzen und daher in einen Fragebogen Bedürfnisse und Aktivitäten in den Bereichen  
32 Mitgliederwerbung - Mitgliederbetreuung - Mitgliederqualifikation abfragen. In einer  
33 Ortsvereinsvorstände-Konferenz im 3. Quartal 2023 sollen erste Ergebnisse, aber auch weiterer  
34 Bedarf, Erfahrungen und Ideen besprochen werden.

35 Dieser Umbruch geht an der SPD im Unterbezirk nicht vorbei. Sitzungs- und Veranstaltungsabsagen  
36 wegen der Corona-Pandemie sind die Lebenswirklichkeit der Parteiarbeit in den Ortsvereinen und  
37 dem Unterbezirk. Die Folge war und ist eine sprunghafte Digitalisierung der Parteiarbeit. Dabei hat  
38 sich gezeigt, dass digitale Formate Chancen eröffnen können, Zugangsbarrieren abzubauen. Sie  
39 haben aber auch den Charakter der Übergangslösung nicht verloren, weil der direkte Kontakt eine  
40 persönlichere Diskussionskultur fördert und die reale Begegnung, die bis dahin eine Grundlage der  
41 Parteiarbeit war, vermisst wird. Gleichzeitig ergibt sich aus gesellschaftlichen Entwicklungen, die  
42 nicht pandemiebedingt sind, ebenso Veränderungsdruck, sich organisatorisch an die heutigen  
43 Lebenswelten anzupassen. Ein wachsender Bedarf ist die Berücksichtigung der wachsenden

1 Diversität der Lebensstile in die eigenen Reihen und die wachsende Zahl in Vollzeit Berufstätiger  
2 sowie junger Familien, die sich beide insbesondere mit Zeitknappheit konfrontiert sehen.

3 Eine bunte Gesellschaft braucht eine bunte Parteiarbeit, die die unterschiedlichen Lebenswelten und  
4 Lebensstile aufnimmt und passende Mitmachangebote unterbreitet. Die Arbeit im Unterbezirk und  
5 in den Ortsvereinen erfordert es, den Ausgleich zwischen Alt und Jung, Stadt und Land und zwischen  
6 den Unterschiedlichkeiten der Lebenssituationen zu ermöglichen. Der moderne Unterbezirk ist das  
7 Dach vieler selbstständiger Ortsvereine, die selbstorganisiert in ihrem lokalen Umfeld interne  
8 Parteiarbeit und Öffentlichkeitsarbeit gestalten. Damit dies gut und mit Freude funktionieren kann,  
9 unterstützt der Unterbezirk bei Organisation und Abläufen, bei Aktionen und Kampagnen und auch  
10 bei der Qualifizierung.

11 Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten zwei Jahre eine spürbare Unterstützung für unsere  
12 Ortsvereine zu sein und zeitgemäße Organisation und Kommunikation in unserer Partei umzusetzen.  
13 Dazu geben wir uns unseren 2-Jahresplan als Arbeitsprogramm:

#### 14 **Landtagswahl (Abschluss 4. Quartal 2022)**

15 Zur Landtagswahl werden wir ein durchdachtes Veranstaltungsformat zur Umsetzung in den  
16 Ortsvereinen entwickeln und als Angebot bereitstellen. Hierfür werden wir auch Muster für  
17 Pressemitteilungen, Texte und Bilder für soziale Medien und falls nötig eine einfache Bereitstellung  
18 des erforderlichen Materials entwickeln.

#### 19 **Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände (Projektbeginn 2. Quartal 2022, Abschluss 4. 20 Quartal 2023)**

21 Die Ergebnisse der OVV-Umfrage 2019 konnten leider - auch aufgrund der vielen Um-Planungen und  
22 Verschiebungen wegen der Pandemie - nicht so umgesetzt werden, wie wir uns das vorgenommen  
23 haben. Die Ergebnisse sind gesichert und sollen nun umgesetzt werden. Die Ortsvereine werden  
24 über vorhandene Ansprechpartner:innen informiert. Möglichkeiten zu externen Angeboten zur  
25 Unterstützung bei der Parteiarbeit (Fotos, Plakatierungen, Soziale Medien) werden gesammelt und  
26 als Information in die Ortsvereine zurückgespiegelt.

27 Zum Jahresende wird eine schlagkräftige Übersicht erstellt. Zu den Erfolgen, den Zielen und  
28 Hinweisen zu anstehender Parteiarbeit. Diese Übersicht kann als Text in die Einladungen zu  
29 Mitgliederversammlungen oder in den sozialen Medien oder als Flyer genutzt werden, um vor allem  
30 unsere Genoss:innen gut und übersichtlich zu informieren. Die Bundespartei bietet eine Vielzahl an  
31 Möglichkeiten für eine ansprechende Kommunikation nach innen und außen (Corporate Design,  
32 Fotoplattform, Easymailer, Parteiwiki im Willy-Brandt-Haus). Diese Möglichkeiten werden wir für  
33 unsere Ortsvereine zusammenstellen, Vorlagen hierzu erarbeiten und gegebenenfalls kleine  
34 Workshops anbieten. In einer OVV-Konferenz soll es im zweiten Quartal 2023 einen Austausch zu  
35 den bisherigen Ergebnissen, weiteren Bedarfen, Ideen und Best-Practice-Beispielen aus den  
36 Ortsvereinen geben. Gelegentlich wechseln Ortsvereinsvorstände, und auch für erfahrene  
37 Genoss:innen wird ein Vorlagen-Paket erarbeitet. Die Einhaltung von Formalien macht oft mehr  
38 Arbeit als nötig, weil gute zentrale Vorlagen hier helfen können. Mustersatzungen, Muster-  
39 Mitgliederversammlungen-Tagesordnungen mit den unterschiedlichsten Wahlen werden  
40 zusammengestellt und an alle Ortsvereinsvorsitzende gesendet werden.

#### 41 **Lebendige Partei (Projektbeginn 4. Quartal 2022, Abschluss 3. Quartal 2023)**

42 Jede Motivation kommt an Grenzen, wenn zu viele formelle Steine im Weg liegen. Das formelle  
43 Einbringen politischer Ideen hat seine demokratische Berechtigung, scheint aber aus Sicht der



1 heutigen Kommunikationsmöglichkeiten an vielen Stellen unattraktiv und auch ineffektiv. Wir  
2 möchten einen Veränderungsimpuls in unsere Partei geben und dazu eine parteiöffentliche  
3 Projektgruppe bilden. Wir wollen die Zusammenarbeit im Inneren entformalisieren, flexibler,  
4 vernetzter und virtueller gestalten als heute. Hierfür sollen Vorschläge erarbeitet und umgesetzt  
5 werden bzw. zur Umsetzung an Bezirk, Landesverband oder Bundespartei weitergereicht werden.  
6 Dabei wollen wir neue Mitmachkanäle eröffnen und so Beteiligungsangebote flexibilisieren und um  
7 parallele Mitmachkanäle erweitern. Diese Angebote sollen auch von Ortsvereinen nutzbar sein.  
8 Denkbar sind hier beispielsweise thematische Arbeitsgruppen, die schwerpunktmäßig virtuell  
9 arbeiten. Die SPD im Unterbezirk überprüft ihre Strukturen und Prozesse mit Blick auf die Frage, ob  
10 diese zur Motivation ihrer Mitglieder und Sympathisant:innen positiv beitragen. Sie unterstützt die  
11 Ortsvereine dabei, dies bei sich ebenso zu überprüfen und entwickelt mit Ortsvereinen gute  
12 Praxisbeispiele bzw. macht sie für alle Ortsvereine sichtbar. Bürger:innen gehen dorthin, wo sie ihr  
13 unmittelbares Interesse einbringen können – so direkt und selbstwirksam wie möglich. Ziel ist es  
14 dort zu entbürokratisieren wo möglich und die Bürokratie so weit zu vereinfachen wie möglich. Dazu  
15 brauchen wir einfache und transparente interne Kommunikationsstrukturen.

## Grafische Übersicht (ohne weitere Inhalte)

2022			
<b>2. Quartal</b>	<b>Landtagswahl Kampagne</b> Erstellung eines Veranstaltungsformates inkl. Vorlagen für Pressemitteilung, Sharepics, Text für soziale Medien und Möglichkeit zur Sammelbestellung etwaigen Materials		<b>Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände</b> Projektbeginn
<b>3. Quartal</b>	Bereitstellung der Inhalte und des Materials		Organigramm (Unterbezirk, Regionsfraktion, Region, Bezirk) (fortlaufende Aktualisierung)
<b>4. Quartal</b>	<b>Landtagswahl</b>	<b>Lenbendige Partei</b> Projektbeginn	Abfrage bei den OVVs zur Nutzung von externen Angeboten - Fotos, Plakate hängen, Soziale Medien.  Zusammenstellung für alle OVVs im Unterbezirk.  Zusammenstellung von politischen Inhalten für Übersichten Jahreshauptversammlungen - 3 Erfolge, 3 Ziele, 3 Formalien (Wahlen, Parteistruktur) - als Flyer und Text zum Kopieren auf die MV-Einladung.
2023			
<b>1. Quartal</b>	<b>Mitgliederbetreuung und -qualifizierung</b> Projektbeginn	Entbürokratisierung - einfache und transparente interne Kommunikationsstrukturen  Beteiligungsangebote flexibilisieren	Zusammenstellung der vorhandenen Tools der Bundespartei (Corporate Design, Fotoplattform, Easymailer, Parteiwiki im Willy-Brandt-Haus...)  Erstellung von leicht nutzbaren Vorlagen zu Corporate Design, beispw. als Powerpoint-Vorlage für Kacheln und Word-Vorlage für Anschreiben. (Eventuell Workshop-Angebot dazu)
<b>2. Quartal</b>	Ein Fragebogen zur Mitgliederwerbung - Mitgliederbetreuung	parallele Mitmachkanäle initiieren	OVV-Konferenz (Austausch zu ersten Ergebnissen, Best Practices aus Ortsvereinen und Herausforderungen).
<b>3. Quartal</b>	Einsetzen einer/-s Mitgliederkoordinator:in  Konferenz zu ÖA / Mitgliederwerbung / -betreuung - jeder bringt ein Beispiel mit	<b>Lebendige Partei</b> Abschluss	Vorlagen zu Mustersatzung, Tagesordnung zu Mitgliederversammlungen, Delegiertenwahlen.
<b>4. Quartal</b>	<b>Mitgliederbetreuung und -qualifizierung</b> Abschluss	<b>Vorbereitung Europawahl</b> Erstellung und Verteilung Ablaufplan mit Orga-Paket für OVVs (Zeitplan, Vorlagen für Einladungen - Daten Fakten - Todos)	<b>Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände</b> Zusammenstellung und Fertigstellung
2024			
		Frühjahr 2024 Europawahl	

# 1 AS - Arbeit und Soziales

---

## 2 AS-1

### 3 *Kein Obligatorium in der privaten Altersvorsorge – Arbeitgeber-Mindestbeitrag in der betrieblichen* 4 *Altersvorsorge*

---

5 **Antragsteller:in:** AfA

6 **Adressat:in:** SPD-Bundestagsfraktion

7 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Bundestagsfraktion

8 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt.

9 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Obligatorium in der privaten Altersvorsorge  
10 zugunsten eines obligatorischen Arbeitgeber-Mindestbeitrags in der zweiten Säule zu verhindern.

#### 11 **Begründung:**

12 Die Finanzierung der zusätzlichen Altersvorsorgung darf nicht allein auf die Beschäftigten abgewälzt  
13 werden. Stattdessen soll ein Arbeitgeber-Mindestbeitrag zur betrieblichen Altersvorsorge (Basis-  
14 bAV) gesetzlich geschaffen werden. Gerade für Frauen könnten so die strukturellen Hürden, bei der  
15 Inanspruchnahme einer betrieblichen Altersvorsorge drastisch gesenkt werden. Die  
16 Arbeitgeber:innen werden verpflichtet mindestens ein Viertel der monatlichen Bezugsgröße (derzeit  
17 ca. 800 Euro) als Mindestbeitrag pro Jahr pro Kopf für die Beschäftigten in die betriebliche  
18 Altersvorsorge einzuzahlen.

19 Des Weiteren erhalten ausschließlich tarifgebundene Arbeitgeber:innen die Hälfte dieses Betrages  
20 als zusätzlichen Förderbetrag im Sinne des § 100 EStG aus Steuermitteln erstattet. Für den  
21 Durchführungsweg stehen die bisherigen Modelle inkl. des Sozialpartnermodells zur Verfügung. Die  
22 Arbeitnehmer:innen können eigene Beiträge im Zuge der bisherigen Entgeltumwandlung einzahlen.  
23 Weitergehende tarifliche Vereinbarungen bleiben möglich und können angerechnet werden.  
24 Bestehende Systeme der bAV, die eine höhere Absicherung ermöglichen, bleiben davon unberührt.

1

AS-2

2

*Sachgrundlose Befristung abschaffen!*

---

3 **Antragsteller:in:** AfA

4 **Adressat:in:** SPD-Bundestagsfraktion, UB-Parteitag

5 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Bundestagsfraktion

6 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt.

7 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den Missbrauch befristeter Beschäftigung zu  
8 beenden. Wir fordern die sachgrundlose Befristung nach §14 Abs. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz  
9 abzuschaffen, die Befristungsgründe einzuschränken und Kettenbefristungen über eine  
10 Beschränkung der Gesamtdauer und eine Limitierung der Verlängerungsmöglichkeiten zu begrenzen.

11 **Begründung:**

12 Bei Neueinstellungen ist fast jede zweite Stelle befristet, und die Anzahl sachgrundloser Befristungen  
13 steigt, wobei mittlerweile auch dann befristet eingestellt wird, wenn langfristige Bedarfe zu decken  
14 sind. Positive Beschäftigungseffekte sind infolge sachgrundloser Befristungsmöglichkeiten nicht  
15 eingetreten, stattdessen ist das Risiko, arbeitslos zu werden, bei befristet Beschäftigten viermal so  
16 hoch wie bei Unbefristeten. Wer befristet arbeitet, hat schlechtere Chancen auf einen Mietvertrag  
17 oder Kredit, engagiert sich seltener als Betriebsrät:in und erzielt seltener ein gutes Einkommen.  
18 Befristungen machen erpressbar, schaffen Beschäftigte zweiter Klasse und höhlen den  
19 Kündigungsschutz aus.

*Mitbestimmung stärken und modernisieren*

---

**Antragsteller:in:** AfA

**Adressat:in:** SPD-Bundestagsfraktion, UB-Parteitag

**Zur Weiterleitung an:** SPD-Bundestagsfraktion

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes einzusetzen. Betriebsräte brauchen in der sich verändernden Arbeitswelt mehr Mitbestimmungsrechte. Im Zuge der zunehmenden Digitalisierung der Unternehmen bedarf es einer Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung, insbesondere bei den Themen künstlicher Intelligenz, agiler Arbeit, Homeoffice und mobiler Arbeit sowie bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

**Hierzu fordern wir eine Anpassung des § 87 Abs. 1 BetrVG um weitere Punkte:**

- Mitbestimmung schon bei der Planung, entlang der Entwicklung sowie bei der Einführung von Systemen, die künstliche Intelligenz einsetzen (als prozedurales Mitbestimmungsrecht)
- Mitbestimmung bei der Einführung von mobiler Arbeit, inklusive Homeoffice
- Mitbestimmungsrecht bei der Verarbeitung personenbezogener und personenbeziehbarer Daten sowie zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten, zusätzlich und über das auf technische Überwachungseinrichtungen beschränkte Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG hinaus.
- Initiativrecht der Betriebsräte für betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen.
- Darüber hinaus braucht es die Weiterentwicklung der Rechte des Betriebsrats bei der im Kontext der digitalen Transformation erfolgenden Betriebsänderungen nach § 111 BetrVG. So sollte bereits die Planung einer Betriebsänderung mitbestimmungspflichtig sein. Gleichzeitig fordern wir, dass Betriebsräte die Hinzuziehung von Sachverständigen ohne Vereinbarung mit dem Arbeitgeber gemäß § 80 Abs. 3 BetrVG nach eigenem Ermessen beschließen können.

**Begründung:**

Im Jahr 1972 gab es die letzte umfassende Reform des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Arbeitsgrundlage der Betriebsräte wurde mit der Novellierung im Jahr 2001 nochmal deutlich verbessert. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich Wirtschaft und Arbeit weiter fundamental verändert; das Betriebsverfassungsgesetz allerdings nicht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Da sich im Zuge der ökologischen, digitalen und sozialen Transformation die Arbeitswelt weiter rasant verändern wird, braucht es jetzt umfassende gesetzliche Reformen, damit das „Erfolgsmodell Mitbestimmung“ auch ein solches bleibt.

Es ist erwiesen, dass mitbestimmte Unternehmen innovativer und wirtschaftlicher sind. Sie übernehmen zudem mehr Verantwortung für Beschäftigung. Arbeitnehmer:innen in mitbestimmten

- 1 Unternehmen profitieren von guten Arbeitsbedingungen, die häufig nicht nur in
- 2 Betriebsvereinbarungen, sondern auch in Tarifverträgen geregelt sind.

1

---

**AS-4**

2

*Erhalt des Klinikums Region Hannover in der Trägerschaft der Region und zum Erhalt*

3

*aller Standorte vor Ort*

---

4

**Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

5

**Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

6

**Zur Weiterleitung an:** SPD Regionsfraktion

7

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

8

Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Klinikum Region Hannover (KRH) auf Dauer in der öffentlich-

9

rechtlichen Hand der Region Hannover verbleibt und der Bestand von allen Standorten des Klinikums

10

garantiert wird.

11

**Begründung:**

12

Seit Jahrzehnten ist die SPD auch in der Region Hannover Garant für eine Daseinsvorsorge in

13

öffentlich-rechtlicher Hand, so auch im Bereich des Klinikums Region Hannover. Als andere Akteure

14

staatliche Krankenhäuser privatisiert haben, hat etwa die Region in Verantwortung für die Menschen

15

vor Ort darauf geachtet, dass ehemalige Landeskrankenhäuser nicht Investoreninteressen

16

ausgeliefert werden. In dieser Verantwortung sollte das Bekenntnis zur Trägerschaft der Region für

17

das KRH ebenso bestärkt werden wie der Erhalt der Standorte in den Kommunen.

# 1 BA - Bauen & Wohnen

---

## 2 BA-1

### 3 Erbbaurecht

---

4 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Wennigsen

5 **Adressat:in:** SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag, Bundesvorstand, SPD-Bundesparteitag

6 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag, Bundesvorstand, SPD-  
7 Bundesparteitag

8 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

9 Wir fordern, das Erbbaurecht in Niedersachsen und auf Bundesebene sozialer zu gestalten. Die  
10 wichtigsten Forderungen lauten:

11 Die Entschädigung erfolgt in Höhe von 100 % des Verkehrswertes: Menschen, die ihr Eigentum  
12 aufgeben, müssen hierfür angemessen entschädigt werden. In der Sachwertanalyse der Bebauung  
13 ist bereits die Rahmenbedingung der Erbbaurechte eingeflossen, sodass eine vollständige  
14 Entschädigung notwendig ist.

15 Die Laufzeit der Verträge wird auf 100 Jahre inklusive einer Ausstiegsklausel für  
16 Erbpachtnehmer\*innen festgelegt: Je länger die Laufzeit desto eher können die Nachteile von  
17 Erbbaurechten abgebaut werden. Allerdings nur dann, wenn die vorstehenden Rahmenbedingungen  
18 eingehalten werden.

19 Außerdem fordern wir:

20 Der Erbbauzins wird an die Erbbaurechte angepasst: Der Erbbauzins sollte unter den aktuellen  
21 Kreditzinsen liegen, um die Marktgerechtigkeit herzustellen, da mit dem Erbbaurecht Nachteile u.a.  
22 der schlechteren Beleihbarkeit des Grundstücks einhergehen.

23 Die Erhöhung der Erbbauzinsen während der Vertragslaufzeit wird in der Maximalhöhe begrenzt.  
24 Dabei wird die europäische Grenze in Höhe von 2 Prozent analog zur Mietpreisbremse angestrebt:  
25 Wohnen ist ein Grundrecht und der Kostenanstieg muss hierfür nicht nur für Mieten, sondern auch  
26 für die Erhöhung der Erbbauzinsen begrenzt werden.

27 Es wird ein Härtefallfonds für die Menschen, die die Erhöhung bei Auslauf eines Vertrages nicht  
28 leisten können, eingerichtet, um bei dem Auslaufen der Verträge die dann angepassten Zinsen für  
29 die Menschen auszugleichen: Durch die Auseinanderentwicklung von dem zur Verfügung stehenden  
30 Haushaltseinkommen mit der Inflationsrate kann es dazu kommen, dass die grundlegenden  
31 Bedürfnisse wie u.a. das Wohnen nicht mehr finanzierbar sind.



1 **Begründung:**

2 Der Ursprung des Erbbaurechts ist es Menschen mit geringem Einkommen (Schwellenhaushalte) ein  
3 Eigentum zu erleichtern, indem die Grundstücke nicht in einer Summe finanziert werden müssen  
4 und ihnen so mehr Liquidität zur Verfügung steht. Diese Idee ist gut und richtig.

5 Das Beispiel der Klosterkammer in Niedersachsen zeigt allerdings, dass eine Institution, die wie die  
6 Klosterkammer in Niedersachsen eine Monopolstellung hat, jene ausnutzen könnte. Im Folgenden  
7 wird die Problematik am Beispiel der Gemeinde Wennigsen erörtert.

8 Die Klosterkammer hat in der Gemeinde Wennigsen die Mehrzahl der Flächen. Aufgrund der  
9 steigenden Inflation werden durch die Erbbaurechtsverträge die Kosten für die Bürger\*innen in den  
10 nächsten Jahren in einem Umfang steigen, die die Haushalte zu überfordern droht. So kann die  
11 Gefahr entstehen, die Erbpachtzinsen nicht mehr bezahlen zu können. Anders als im Mietrecht ist  
12 für die Erbbaurechtsverträge keine Begrenzung der Kosten vorgesehen. Das Grundrecht auf Wohnen  
13 wird so in Frage gestellt.

14 Die Rahmenbedingungen der Klosterkammer für die Erbbaurechtsverträge liegen über dem, was  
15 marktüblich ist. Hierzu gehören zum Beispiel höhere Erbpachtzinsen als Kreditzinsen, die niedrige  
16 Rückkaufquote, die regelmäßige Erhöhung der Erbpacht analog zur Inflation und die verhältnismäßig  
17 geringen Laufzeiten. Aufgrund der in den letzten Jahren gehäuft auftretenden Kritik hat die  
18 Klosterkammer versucht, nachzusteuern. Dies trifft beispielsweise auf die vorzeitige Verlängerung  
19 der Verträge zu.

20 Die unzureichenden Rahmenbedingungen haben sich hierdurch im Grundsatz nicht geändert, sodass  
21 die Nachteile der Vergabe durch die Klosterkammer bestehen bleiben. Diejenigen, die über  
22 Erbpachtgrundstücke verfügen, müssen so ein Vielfaches des Grundstückswerts bezahlen.  
23 Gleichzeitig gibt es in Wennigsen eben kaum Alternativen zu der Klosterkammer. Das führt dazu,  
24 dass insbesondere Bezieher\*innen geringer und mittlerer Einkommen sowohl Schwierigkeiten haben  
25 die regelmäßigen Erhöhungen zu bezahlen, insbesondere, wenn es eine hohe Inflation gibt, als auch  
26 beim Auslaufen der Verträge die neue hohe Pacht zu bezahlen. Gleichzeitig müssen Sie die Nachteile  
27 gegenüber Eigentumsgrundstücken in Kauf nehmen, zum Beispiel die oftmals geringeren  
28 Beleihungsmöglichkeiten und niedrigeren Verkehrswerte der Gebäude gegenüber  
29 Eigentumsgrundstücken. Beim Auslaufen der Verträge ist das Risiko der gestiegenen  
30 Bodenrichtwerte von den Erbbaurechtnehmenden allein zu tragen.

31 Um die Monopolstellung der Klosterkammer und die soziale Situation der Pächter\*innen (z.B. Anzahl  
32 der Kinder) zu berücksichtigen, fordern wir ein soziales Erbbaurecht mit den oben genannten  
33 Maßnahmen.

1

**BA-2**

2

*Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes und der Erhöhung der Anzahl an*

3

*Belegrechtswohnungen*

---

4

**Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

5

**Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

6

**Zur Weiterleitung an:** SPD Regionsfraktion

7

**Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Beschlussfassung auf UB-Parteitag

8

Die SPD setzt sich für eine deutliche Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes ein, für eine

9

Einbindung der KSG Hannover GmbH und für eine deutliche Anhebung der Anzahl an

10

Belegrechtswohnungen.“

11

**Begründung:**

12

Verfügbarer und bezahlbarer Wohnraum ist maßgeblich für den sozialen Frieden vor Ort.

13

Mittlerweile wird er nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern auch in den regionsangehörigen

14

Kommunen immer seltener, Mitmenschen mit einer überschaubaren Kreditwürdigkeit stoßen auf

15

der Suche nach bezahlbarem Wohnraum auf eine immer enger werdende Wohnungsmarktsituation.

16

Um den Wohnungsmarkt von der Angebotsseite zu entlasten, sollte die Region Hannover bzw. die

17

KSG den kommunalen Wohnungsbestand deutlich erhöhen und damit bezahlbaren Wohnraum

18

verfügbar machen. Auch die Anzahl der Belegrechtswohnungen innerhalb der Region Hannover

19

möge Hand in Hand mit den Kommunen weiter deutlich erhöht werden, um wohnungssuchenden

20

Mitmenschen wieder Perspektiven eröffnen zu können.

# 1 BI - Bildung/Kinder und Jugend

---

## 2 BI- 1

3 *Die richtigen Lehrkräfte zu ihren SchülerInnen: Einstellungsmöglichkeiten, Studium und*  
4 *Stundenverpflichtungen anpassen!*

---

5 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Ronnenberg

6 **Adressat:in:** SPD-Landtagsfraktion

7 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Landtagsfraktion

8 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

9 Die Landesfraktion möge sich dafür einsetzen, dass sich die ausgebildeten Haupt- und Realschul-  
10 Lehrkräfte an den weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs 1 im ersten Auswahlverfahren  
11 bewerben können und nicht erst in der zweiten Auswahlrunde (bei Nichtbesetzung) bewerben  
12 dürfen. Dies betrifft insbesondere die Schulformen KGS, OBS und IGS. Darüber hinaus sollen die  
13 Lehramtsstudiengänge dem Zustand Rechnung tragen, dass an den jeweiligen Schulformen ein  
14 besonderes Maß an Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie eine vielseitige Binnendifferenzierung  
15 nötig ist. Daher müssen diese Kompetenzen in das Lehramtsstudium mit einfließen, weiter  
16 ausgebaut werden und somit ein wesentlicher Bestandteil davon sein. Darüber hinaus müssen die  
17 Unterrichtsverpflichtungen für die Grund-, Haupt- und Realschulen an die übrigen Schulformen  
18 angepasst werden.

### 19 **Begründung**

20 Mit dem Runderlass von 2019 ist es Haupt- und Realschullehrkräften nicht mehr möglich sich in der  
21 ersten Auswahlrunde an der KGS, IGS und OBS zu bewerben. In der ersten Auswahlrunde können  
22 dies nur gymnasiale Lehrkräfte tun. An den genannten Schulformen sind insbesondere im  
23 Sekundarbereich 1 die SchülerInnen für welche die Haupt- und Realschullehrkräfte ausgebildet sind.  
24 Im Studium und ihrer Ausbildung haben sie das didaktische, pädagogische und methodische  
25 Handwerkszeug gelernt, um diesen SchülerInnen den angemessenen Unterricht und bestmöglichen  
26 Lern- und Lehrerfolg zu ermöglichen. Real- und Hauptschulen werden vermehrt durch OBS, KGS und  
27 IGS verdrängt, was zur Folge hat, dass diese Lehrkräfte sich an immer weniger Schulen bewerben  
28 können. Das Land Niedersachsen bildet ihre Lehrkräfte aus und kann sie dann nicht bestmöglich  
29 einsetzen. Die Selektion an den Schulformen im Zusammenhang der Bewerbungen, die  
30 unterschiedliche Besoldung und Stundenverpflichtungen lassen unsere niedersächsischen Lehrkräfte  
31 in andere Bundesländer abwandern und hinterlassen einen immer größer werdenden  
32 Fachkräftemangel an unseren Schulen, in der Bildung unserer SchülerInnen und somit für unsere  
33 niedersächsische Gesellschaft. Wenn wir diesen Notwendigkeiten nicht nachkommen, werden sich  
34 immer weniger Menschen für die Lehramtslaufbahn entscheiden: Mit dem richtigen  
35 Handwerkszeug, kann man vermehrt nicht besetzt werden, hat weniger Auswahl in Bezug auf  
36 Schulstandorte, verdient weniger und hat mehr Unterrichtsverpflichtungen. Ohne die adäquate  
37 Ausbildung ist man schnell überfordert und ausgebrannt.

# 1 F- Finanzen

---

2 *F-1*

3 *Landesmedienanstalt stärken - Für Qualitätsjournalismus, Meinungsvielfalt und Medienkompetenz!*

---

4 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Ronnenberg

5 **Adressat:in:** SPD-Landtagsfraktion

6 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Landtagsfraktion

7 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

8 Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, die Finanzmittel der Niedersächsischen  
9 Landesmedienanstalt (NLM) zu erhöhen, damit diese sowohl den ihr durch den Medienstaatsvertrag  
10 neu entstehenden Aufgaben, als auch ihren bisherigen Aufgaben in vollem Umfang gerecht werden  
11 kann. Unter den Aufgaben der NLM nehmen vor allem die Förderung des Qualitätsjournalismus  
12 sowie der Zugang der Bürger\*innen zu Medien und die Förderung von Medienkompetenz, wie sie  
13 vor allem auch die niedersächsischen Bürgersender leisten, eine gesellschaftspolitisch wichtige Rolle  
14 ein.

15 **Begründung:**

16 Die Niedersächsische Landesmedienanstalt ist für die Lizenzierung von privaten Radio- und  
17 Fernsehveranstalter\*innen zuständig und beaufsichtigt deren Programme. Daneben kommt ihr die  
18 wichtige Aufgabe zu, Bürgerrundfunksender in Niedersachsen zu fördern. Gerade auf diesem Gebiet  
19 leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Zugänglichkeit der Medien, zur gesellschaftlichen Vermittlung  
20 von Medienkompetenz und zur Förderung von Qualitätsjournalismus.

21 Durch den aktuellen Medienstaatsvertrag kommt der NLM auch die Aufgabe der Kontrolle  
22 unterschiedlichster Online-Inhalte zu – eine Erhöhung ihrer finanziellen Mittel, um allen Aufgaben  
23 gerecht werden zu können, ging damit nicht einher. Das hat unter anderem zur Folge, dass die NLM  
24 sich derzeit nicht in der Lage sieht, in der Region Hannover einen neuen Bürgersender zu lizensieren  
25 und zu fördern. Damit steht das größte Siedlungsgebiet Niedersachsens derzeit ohne einen  
26 Bürgerradiosender da und damit ohne die Möglichkeit eines niedrighwelligen und  
27 gleichberechtigten Zugangs zur Medienproduktion im Bereich Hörfunk. Aber auch alle anderen  
28 Bürgersender in Niedersachsen – und vor allem deren Mitarbeiter\*innen, die häufig nicht so gut  
29 bezahlt werden können, wie ihre Kolleg\*innen bei privaten Rundfunkveranstaltern - würden davon  
30 profitieren, könnte die NLM ihr Engagement im Bereich Bürgerrundfunk ausbauen.

31 Die Erhöhung der finanziellen Mittel der NLM ist daher das geeignete Mittel, um die Situation der  
32 Angestellten bei den Bürgersendern zu verbessern, zur Erhöhung der Medienkompetenz der  
33 Menschen in Niedersachsen beizutragen, Fake-News im Internet effektiv zu begegnen,  
34 Meinungsvielfalt und Demokratie zu stärken sowie die Lizenzierung eines neuen Bürgerradiosenders  
35 im größten Siedlungsgebiet des Landes Niedersachsen zu ermöglichen.

*Bundratsinitiative zur Vermögensteuer und zur Geltendmachung der Einnahmefälle*

---

**Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

**Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

**Zur Weiterleitung an:** SPD-Landes- und Bundesvorstand, die SPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die Vermögenssteuer nach dem Vermögensteuergesetz (VStG) in nun rechtmäßiger Weise wiederbelebt - erforderlichenfalls über eine Gesetzesinitiative des Landes Niedersachsen im Bundesrat nach Art. 76 GG. Vermögen oberhalb eines Freibetrages von 2 Millionen Euro wird wieder mit 1 Prozent pro Jahr besteuert werden. Grundlage der Berechnung der neu zu regelnden Steuer sind die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22.06. 1995 (2 BvL 37/91) aufgestellt hat. Die Missachtung der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist an den Bundesgesetzgeber für eine gebotene Neuregelung bis zum 31.12.1996 hat zu Einnahmefällen bei den Bundesländern in Höhe von mindestens zweistelligen Milliardenbeträgen geführt; den entsprechenden finanziellen Anteil macht das Land Niedersachsen als Forderung gegenüber dem Bund geltend, der Bund erstattet den Ländern die Einnahmefälle.“

**Begründung:**

Die Vermögenssteuer - einst von Theo Waigel (CSU) als unabdingbare Gerechtigkeitssteuer bezeichnet - setzt den Gerechtigkeitsgedanken um und ist als einzige Maßnahme geeignet, die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich wieder ansatzweise zu schließen.

Nach Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist die ungleiche Vermögensverteilung in ganz Europa nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland.

Die Vermögenssteuer setzt unseren Grundsatz der Solidarität in die Tat um, wonach starke Schultern mehr tragen können als schwache, und ist langfristig dazu geeignet, die jeden Endverbraucher treffende Umsatzsteuer wieder zu senken.

Im Übrigen trägt die Vermögenssteuer als volkswirtschaftlich ankurbelnde Steuer dazu bei, den Weg aus der Finanzkrise zu weisen, indem sie angelegtes bzw. liegendes Vermögen löst und in den Wirtschaftskreislauf zurückführt.

Da die jährlichen Erträge auf das zu besteuernde Vermögen einen Steuersatz der Vermögenssteuer von 1 Prozent im Regelfall deutlich übersteigen, ist die verfassungsmäßige Neuregelung der Vermögenssteuer für die Betroffenen auch zumutbar.

Schon die Steuereinnahmen von weniger als 1 Prozent der vermögendsten Privatpersonen reichen zur Deckung sämtlicher Kosten der zur Erhebung der Steuer erforderlichen Steuerverwaltung aus.

Auch in anderen westlichen Industrienationen, in denen Substanzsteuern erhoben werden, ist es nicht zu einer von den Konservativen behaupteten Massenflucht von Steuerpflichtigen gekommen.

1 Das gute und tragfähige Bildungskonzept der SPD muss vor dem Hintergrund der angestrebten  
2 Gebührenfreiheit zur Unterfütterung seiner Glaubwürdigkeit auch eine solide finanzielle Grundlage  
3 haben.

4 Daher braucht Deutschland die Vermögensteuer für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit für  
5 alle.

6 Der Bundesgesetzgeber hat durch den genannten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (2 BvL  
7 37/91) ausdrücklich die Pflicht zur Neuregelung auferlegt bekommen und befindet sich mit der  
8 Umsetzung dieses Gebots seit 25 Jahren in Verzug. Kommt der Bund selbst dieser Pflicht nicht nach,  
9 können die Bundesländer über Art. 76 GG eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundesrat  
10 starten.

11 Die Bundesländer sind vor dem Hintergrund der vom Bund auferlegten strengeren Schuldenbremse  
12 dringend auf diese Gelder angewiesen - für eine bessere Bildung, für bessere Schulen, für  
13 Lernmittelfreiheit, für eine bessere Ausstattung der Kindergärten und Krippen, für eine  
14 wertschätzendere Bezahlung in der Pflege, im Bereich der Medizin, der Erziehung, in den Schulen, in  
15 der Sozial- und Jugendarbeit und auch im Bereich Polizei und Justiz.

*Solidarischen Anpassung der Gewerbesteuer*

---

3 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

4 **Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

5 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den Bundesparteitag, den  
6 SPD-Unterbezirksvorstand, die SPD-Regionsfraktion, den Regionspräsidenten und alle SPD-  
7 Fraktionen in den Vertretungen der Region Hannover

8 **Empfehlung der Antragskommission:** Ablehnung

9 1. Zur solidarischen dauerhaften Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen der Region  
10 Hannover u.a. zur Verbesserung der Infrastruktur, der Schulen und der Finanzierung freiwilliger  
11 Aufgaben wird eine Vereinbarung aller regionsangehörigen Umlandgemeinden angestrebt, nach  
12 welcher alle Vertretungen die jeweiligen kommunalen Gewerbesteuerhebesätze um je 10 %  
13 anheben.

14 2. Das Gewerbesteuergesetz wird dahingehend geändert, dass der bundesweite  
15 Mindeststeuerhebesatz von 200 % auf 300 % angehoben wird.

16 3. Die Einkünfte der Angehörigen der freien Berufe werden in die Bemessungsgrundlage der  
17 Gewerbesteuer mit einbezogen.

18 **Begründung:**

19 Rund 90 % der kommunalen Ausgaben in der Region Hannover betreffen Pflichtaufgaben, die den  
20 Kommunen von anderen Ebenen auferlegt werden. Um die Handlungsspielräume der Kommunen  
21 auch für freiwillige Aufgaben wieder etwas zu erhöhen, ist eine koordinierte Anpassung der  
22 Gewerbesteuerhebesätze um je 10 % sinnvoll und wünschenswert.

23 Um einem erneuten Dumpingwettbewerb der kommunalen Gewerbesteuerhebesätze nach unten  
24 weiter Einhalt zu gebieten, ist eine bundesweite Anhebung des in § 16 Abs.4 Satz 2 GewStG  
25 geregelten Gewerbesteuermindesthebesatzes von 200 % auf 300 % sinnvoll und geboten. Derzeit  
26 überschreiten deutschlandweit fast alle Gemeinden auch diesen Hebesatz, so dass sich derzeit für  
27 sie keine Änderungen ergeben; ein ruinierender Steuerdumpingwettbewerb wird auf diese Weise  
28 jedoch für die Zukunft verhindert.

29 Eine verfassungsrechtliche, politische und moralische Rechtfertigung für die pauschale  
30 gewerbesteuerrechtliche Ungleichbehandlung von Gewerbetreibenden und den anderen  
31 Selbstständigen der freien Berufe ist nicht mehr vorhanden. Um bestimmte  
32 Sachverhaltskonstellationen zugunsten der Steuerpflichtigen angemessen regeln zu können, sind für  
33 diese Fallgestaltungen spezielle Regelungen im Gewerbesteuergesetz geboten, nicht aber die  
34 schlicht pauschale Herausnahme aller Angehörigen der freien Berufe aus der Gewerbesteuerpflicht

# 1 M - Mobilität

---

2 M-1

3 *Digitales Jobticket*

---

4 **Antragsteller:in:** AfA

5 **Adressat:in:** SPD-Fraktion Regionsversammlung Hannover

6 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Fraktion Regionsversammlung Hannover

7 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme.

8 Die SPD Fraktion in der Regionsversammlung setzt sich im GHV Verkehrsverbund für die Einführung  
9 eines digitalen Jobtickets ein.

10 **Begründung:**

11 Individuelle Einzel- und Monatsfahrkarten können bereits heute digital gekauft und genutzt werden.  
12 In der Regel reicht dazu ein Smartphone. Diese Möglichkeit gibt es bislang jedoch nicht für die  
13 „JobTickets“ des GVH. Dieser Zustand sollte möglichst schnell beendet werden. Die Administration  
14 und Verteilung der „JobTickets“ in den Betrieben würde dadurch erleichtert. Außerdem gibt es bei  
15 einem Verlust des „JobTickets“ in Papierform bisher keine Ersatzbescheinigung. Dieses Problem  
16 würde man durch ein digitales Jobticket beseitigen. Das erklärte Ziel muss es sein, mehr  
17 Arbeitnehmer:innen zur Nutzung des ÖPNV zu bewegen. Administrative Hürden sollten daher  
18 beseitigt werden. Das ist gut fürs Klima und entlastet die Infrastruktur.



1

M-2

2

*Schaffung von Förderinstrumenten für die Kommunen zur langfristigen Kostenfreiheit des ÖPNV*

---

3

**Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

4

**Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

5

**Zur Weiterleitung an:** SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Landtagsfraktion, die SPD-Regionsfraktion

6

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in folgender Fassung der Antragskommission:

7

*Die SPD setzt sich dafür ein, das auf Bundes- und Landesebene Förderinstrumente geschaffen*

8

*werden, die es den Kommunen und Verkehrsverbänden ermöglichen, langfristig einen kostenlos zu*

9

*nutzenden Öffentlichen Personennahverkehr für alle Nutzer:innen vor Ort anzubieten.*

10

11

Die SPD setzt sich dafür ein, das auf Bundes- und Landesebene Förderinstrumente geschaffen

12

werden, die es den Kommunen und Verkehrsverbänden ermöglichen, langfristig einen kostenfreien

13

Öffentlichen Personennahverkehr für alle Mitmenschen vor Ort anzubieten.

14

**Begründung:**

15

Mit dem in Berlin beschlossenen Entlastungspaket wurde neben vielen anderen begrüßenswerten

16

Entlastungen auch entschieden, dass die Menschen in Deutschland für die Dauer von 3 Monaten den

17

ÖPNV für pauschal 9 Euro pro Monat nutzen dürfen.

18

Diese sozial gerechte und ökologische Regelung sollte konsequent fortgeführt werden, indem

19

langfristig die Begrenzung auf 3 Monate aufgehoben wird und der dem Klimaschutz dienende

20

Nahverkehr ohne eine aufwändige Ticketstruktur und Fahrscheinkontrollen zukünftig kostenfrei

21

gestellt werden kann.

22

Über Modellprojekte, für die die Region Hannover sich bewerben sollte, sollten von Seiten des

23

Bundes und der Länder entsprechende Förderinstrumente geschaffen werden, die den Kommunen

24

und Verkehrsverbänden langfristig die notwendigen finanziellen Spielräume zu verschaffen.

# 1 P - Partei

---

2 *P-1*

3 *Doppelmandate*

---

4 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Wennigsen

5 **Adressat:in:** Landesparteitag, Bundesparteitag

6 **Zur Weiterleitung an:** Landesparteitag, Bundesparteitag

7 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in folgender Fassung der Antragskommission:

8 Es wird gefordert, dass kein\*e Politiker\*in zur selben Zeit in einem Parlament (Bundes-, Landes-, EU-  
9 Ebene) ein Mandat haben darf. Falls jemand bereits ein Mandat besitzt und ein weiteres erhält,  
10 muss der\*die Person sich entscheiden, welches Mandat in Zukunft ausgeübt werden soll. Dies soll  
11 rechtlich geregelt werden

12

13 **Begründung:**

14 Doppelmandate werden in Deutschland zwar immer seltener wahrgenommen, sind aber rechtlich  
15 noch gültig. Wer sich allerdings in die Situation begibt zwei Mandate anzunehmen, handelt  
16 verantwortungslos. Zum einem besteht ein zeitlicher Konflikt, schließlich sind  
17 Abgeordnetenmandate heutzutage als hauptberufliche Tätigkeit ausgelegt. Die Teilnahme an  
18 Plenarsitzungen, Ausschüssen etc. sind zeitintensiv. Diese Sitzungen sind zwar in der Regel nicht  
19 verpflichtend, doch um ein Mandat gewissenhaft auszuführen, gehört es auch dazu, dass man an  
20 solchen Sitzungen teilnimmt. Mit mehreren Mandaten ist das zeitlich nicht möglich. Zum anderen ist  
21 durch ein Doppelmandat keine Gewaltenteilung mehr gegeben. Durch die klare Aufteilung der  
22 Kompetenzen auf Zentralstaat einerseits und Bundesstaaten andererseits wird einer  
23 Machtkonzentration vorgebeugt. Eine Vermischung dieser Ebenen reduziere die Wirkung dieser  
24 Form von Gewaltenteilung. Durch Doppelmandate im nationalen Parlament und im Parlament des  
25 Gliedstaates entstehe solch eine Vermischung und dem muss entgegengehalten werden.

## 1 S - Satzungsändernde Anträge

---

2 S-1

3 *Einberufung ordentlicher und a.o. Unterbezirksparteitage*

---

4 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Kirchrode-Bemerode-Wülferode

5 **Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

6 **Zur Weiterleitung an:** /

7 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme.

8 § 5 Punkt 2 des Statutes wird wie folgt ergänzt: „Die Einberufung mit Bekanntgabe der vorläufigen  
9 Tages- und Geschäftsordnung hat mindestens sechs Wochen vorher zu erfolgen und ist allen  
10 Mitgliedern, welche per E-Mail erreichbar sind, über diesen Weg bekannt zu machen.“

11 **Begründung:**

12 Für eine entsprechende Transparenz und Beteiligung möglichst vieler Genossinnen und Genossen,  
13 gerade an der inhaltlichen Arbeit, ist es von Vorteil, wenn die Einberufung auch an diejenigen  
14 Genossinnen und Genossen verschickt wird, die per E-Mail erreichbar sind.

---

1 **S-2**

2 *Doppelspitze*

---

3 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Hannover-Südwest

4 **Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

5 **Zur Weiterleitung an:** /

6 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in der Fassung der Antragskommission.

7 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass die Möglichkeit besteht, zwei gleichberechtigte  
8 Vorsitzende, davon eine Frau, wählen zu lassen (Doppelspitze) Dazu ist der §9 (Absatz 1a) des UB  
9 Statuts wie folgt zu ändern:

10 *§9 Vorstand*

11 Der Unterbezugsvorstand besteht aus: Dem/der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten  
12 Vorsitzenden, davon eine Frau. Der Parteitag beschließt mit einfacher Mehrheit, ob ein Vorsitzender  
13 oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt  
14 werden sollen. Die Wahl der Vorsitzenden erfolgt in Einzelwahl.

15 **Begründung:**

16 Der Bundesparteitag hat 2019 eine Doppelspitze möglich gemacht. Viele Bezirke, Ortsvereine sind  
17 diesem Beispiel bereits gefolgt. Unser Ziel sollte es sein, Doppelspitzen in allen Gliederungen möglich  
18 zu machen.

19 **S-2 (Ursprungsfassung)**

20 *Doppelspitze*

21 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Hannover-Südwest

22 **Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

23 **Zur Weiterleitung an:** /

24 *Der Bundesparteitag hat 2019 eine Doppelspitze möglich gemacht. Viele Bezirke, Ortsvereine sind  
25 diesem Beispiel bereits gefolgt. Unser Ziel sollte es sein, Doppelspitzen in allen Gliederungen möglich  
26 zu machen. Daher lautet unser Antrag wie folgt:*

27 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass die Möglichkeit besteht, zwei gleichberechtigte  
28 Vorsitzende, davon eine Frau, wählen zulassen (Doppelspitze) Dazu ist der §9 (Absatz 1a) des UB  
29 Statuts wie folgt zu ändern:*

30 *§9 Vorstand*

31 *Der Unterbezugsvorstand besteht aus: Dem/der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten  
32 Vorsitzenden, davon eine Frau. Der Parteitag beschließt mit einfacher Mehrheit, ob ein Vorsitzender  
33 oder eine Vorsitzende oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt  
34 werden sollen. Die Wahl der Vorsitzenden erfolgt in Einzelwahl.*

*Einführung einer Doppelspitze mit Ehrenamtsquote im Unterbezirksvorstand*

---

**Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Laatzen

**Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

**Zur Weiterleitung an:** /

**Empfehlung der Antragskommission:** Ablehnung

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Für die personelle Besetzung des Unterbezirksvorstand wird eine Quote eingeführt, die die Beteiligung und Repräsentation ehrenamtlich tätiger Genossinnen und Genossen sicherstellt.

Der Unterbezirk wird zukünftig von einer Doppelspitze geführt, von der eine\*r der beiden Vorsitzenden nicht hauptamtlich politisch tätig sein darf. Ferner müssen 50% der Plätze im Unterbezirksvorstand mit Personen besetzt sein, die nicht hauptamtlich politisch tätig sind.

Hauptamtlich meint in diesem Zusammenhang insbesondere folgende Personen:

- Mitglieder eines Landesparlaments, des Deutschen Bundestags oder des Europäischen Parlaments oder
- Minister\*innen oder Staatssekretär\*innen einer Landesregierung oder der Bundesregierung oder
- Mitglieder der Europäischen Kommission oder
- Personen, die als direkte Mitarbeiter\*innen der oben genannten Personen oder Fraktionen auf Landes-, Bundes-, Europaebene mehr als 15 Stunden pro Woche tätig sind oder
- Hauptverwaltungsbeamte.

Die Satzung des Unterbezirks ist an den entsprechenden Stellen entsprechend anzupassen.

**Begründung:**

Der Vorstand des SPD Unterbezirks Region Hannover soll in seiner Zusammensetzung auch die Mitgliederstruktur der Partei berücksichtigen. In Bezug auf eine ausgewogene Repräsentanz der Geschlechter oder die Vertretung der Arbeitsgemeinschaften, die mit ihren jeweiligen Vorsitzenden im Unterbezirksvorstand vertreten sind, gibt es hier bereits Regelungen. Im gleichen Sinne dieser Ausgewogenheit sollte aber auch das Verhältnis von politisch haupt- und ehrenamtlich Tätigen gesichert werden. Dies gilt nicht nur für die Gesamtheit der Vorstandsmitglieder, sondern auch für die Spitze des Unterbezirks in Person der beiden Vorsitzenden.

Das politische Ehrenamt ist eine tragende Säule der SPD, besonders in der Region Hannover. Dies gilt nicht nur, aber in besonderem Maße für das politische Ehrenamt auf kommunaler Ebene. Daher sollte das politische Ehrenamt gerade in unserem Unterbezirk eine entsprechende Repräsentation erfahren. Ehrenamtliche müssen auf wesentliche Prozesse Einfluss ausüben können, insbesondere auf Ebene unseres Unterbezirks, da hier wichtige Entscheidungen mit Auswirkungen auf die ehrenamtlich tätigen Parteimitglieder getroffen werden. Auch in Bezug auf die Darstellung nach außen ist es wichtig, die Rolle der ehrenamtlichen Politik hervorzuheben und ihre Interessen zu repräsentieren, weshalb im Falle einer Doppelspitze mindestens eine Person aus dem politischen

- 1 Ehrenamt kommen soll. Diese Partizipation gilt es nicht zuletzt vor dem Hintergrund der jüngsten
- 2 Ereignisse im Unterbezirk auch in der Satzung festzuschreiben.

# 1 U- Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz/Landwirtschaft

---

## 2 U-1

3 *Mutterkonzern muss erkennbar sein – die Endverbraucher:innen mit mehr Transparenz schützen!*

---

4 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Wennigsen

5 **Adressat:in:** SPD-Bundesparteitag

6 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Bundesparteitag

7 **Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Annahme des gleichlautenden Juso-Antrages im  
8 Unterbezirksbeirat.

9 Bei jedem Lebensmittel muss für die Endverbraucher:innen sofort erkennbar sein, welches  
10 Mutterunternehmen hinter den Produkten des jeweiligen Tochter- bzw. Enkelunternehmens steht.  
11 Daher wird gefordert, dass alle Mutterunternehmen für die Verbraucher:innen eindeutig auf der  
12 Ware erkennbar sein müssen, beispielsweise mithilfe eines Logos, einem Schriftzug oder dem  
13 Impressum.

#### 14 **Begründung:**

15 Heutzutage ist es oft nicht mehr durchschaubar welches Mutterunternehmen hinter den einzelnen  
16 Unternehmen steht. Dies liegt zum einem daran, dass die Konzerne teilweise bewusst versuchen den  
17 Mutterunterkonzern zu verschleiern, um somit einen in Wirklichkeit nicht existenten  
18 Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Tochterunternehmen herzustellen und zum anderen wird  
19 die Lebensmittelbranche regelrecht von Unternehmen überflutet, sodass es nicht mal im Ansatz  
20 möglich ist, den Überblick zu wahren. So hat beispielsweise Nestlé laut eigenen Angaben mehr als  
21 2000 Marken, über welche sie Lebensmittel vertreiben – auf den Produkten erkennbar sind diese  
22 allerdings häufig nicht. Für die Endverbraucher:innen muss jedoch eine maximale Transparenz  
23 bestehen, sodass sich diese bewusst sind, welches Mutterunternehmen hinter dem Unternehmen  
24 bzw. dessen Produkt steht, und sich dann im Zweifel für oder gegen das Produkt entscheiden kann.  
25 Beschlossen in einer Mitgliederversammlung am 02. Oktober 2020 auf Antrag der Jusos.

**Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Groß-Buchholz

**Adressat:in:** Regionsfraktion der SPD, SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hannover

**Zur Weiterleitung an:** Regionsfraktion der SPD, SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hannover

**Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt durch Annahme der folgenden Fassung des Unterbezirksbeirates.

**Versorgung mit Werkstoffhöfen sicherstellen**

*Der Unterbezirksparteitag fordert die Verantwortlichen in der Region und der Landeshauptstadt Hannover auf, beim Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) durchzusetzen, dass eine verlässliche Versorgung mit Wertstoffhöfen in der Stadt Hannover erfolgt. Insbesondere die Region wird aufgefordert, gemeinsam mit der Stadt Hannover, auf einen Ersatz für den geschlossenen Wertstoffhof in Groß-Buchholz hinzuwirken.*

**Begründung:**

*Kurzfristig hat der Zweckverband die Schließung der Wertstoffhöfe in der Nordstadt und Groß-Buchholz angekündigt und vollzogen. Während die Schließung in der Nordstadt der Modernisierung des vorhandenen Wertstoffhofes dienen soll, wird der Wertstoffhof in der Neuen Landstraße in Groß-Buchholz wegen umfangreicher Neu- und Umbaumaßnahmen des Betriebshofes für mindestens sechs Jahre geschlossen. Ob überhaupt wieder ein Wertstoffhof in diesem Stadtbezirk entsteht, lässt aha offen.*

*Immer mehr Müll liegt in der Stadt, schreibt die Hannoversche Allgemeine Zeitung am 24. Januar 2022, und berichtet über die gute und wichtige Arbeit der Abfallfahnder, die zunehmend wilde Müllablagen beseitigen müssen. Gleichzeitig schließt aha wichtige Einrichtungen, bei denen die Bürger sinnvoll Müll entsorgen können. Hinzu kommt eine unerträgliche Verkehrssituation in der Zufahrt der Mülldeponie Lahe, die regelmäßig an Sonnabenden zu chaotischen Verkehrssituationen führt, indem sich der Verkehr bis zur Oldenburger Allee staut. Wartezeiten bis zu einer ½ Stunde kommen vor. In Groß-Buchholz haben empörte Bürgerinnen und Bürger eine Unterschriftenaktion gestartet, um ihrem Unmut über das Verhalten von aha Luft zu machen. Dazu erklärt die Geschäftsleitung zynisch, dass den Groß-Buchholzern die Schließung des Wertstoffhofes zuzumuten sei, da „die Wertstoffhofdichte in Hannover sehr gut sei, im Vergleich mit anderen Großstädten sogar hoch“. Der Abfallentsorger muss sich bei einem solchen Verhalten nicht wundern, wenn frustrierte Bürgerinnen und Bürger ihren Müll in die Landschaft werfen.*

*Der Unterbezirksparteitag fordert die Verantwortlichen in der Region und der Landeshauptstadt Hannover auf, beim Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) durchzusetzen, dass eine verlässlichere Versorgung mit Wertstoffhöfen in der Stadt Hannover erfolgt. In Nacht- und Nebelaktionen hat der Zweckverband kurzfristig die Schließung der Wertstoffhöfe in der Nordstadt und Groß-Buchholz angekündigt und vollzogen. Während die Schließung in der Nordstadt der*



1 Modernisierung des vorhandenen Wertstoffhofes dienen soll, wird der Wertstoffhof in der Neuen  
2 Landstraße in Groß-Buchholz wegen umfangreicher Neu- und Umbaumaßnahmen des Betriebshofes  
3 für mindestens sechs Jahre geschlossen. Ob überhaupt wieder ein Wertstoffhof in diesem  
4 Stadtbezirk entsteht, lässt aha offen. Während in allen Koalitionsvereinbarungen von Rot/Grün in  
5 Stadtbezirken, der Stadt Hannover und der Region Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung, ein höheres  
6 Umweltbewusstsein und mehr Bürgerbeteiligung vereinbart wird, macht offensichtlich das  
7 Unternehmen aha was es will. Insbesondere die Region wird aufgefordert, gemeinsam mit der Stadt  
8 Hannover, für eine Änderung dieser Politik zu sorgen und einen Ersatz für den geschlossenen  
9 Wertstoffhof in Groß-Buchholz zu schaffen.

10 **Begründung:**

11 Immer mehr Müll liegt in der Stadt, schreibt die Hannoversche Allgemeine Zeitung am 24. Januar  
12 2022 und berichtet über die gute und wichtige Arbeit der Abfallfahnder, die zunehmend wilde  
13 Müllablagen beseitigen müssen. Gleichzeitig schließt aha wichtige Einrichtungen, bei denen die  
14 Bürger sinnvoll Müll entsorgen können. Hinzu kommt eine unerträgliche Verkehrssituation in der  
15 Zufahrt der Mülldeponie Lahe, die regelmäßig an Sonnabenden zu chaotischen Verkehrssituationen  
16 führt, indem sich der Verkehr bis zur Oldenburger Allee staut. Wartezeiten bis zu ½ Stunde kommen  
17 vor. In Groß-Buchholz haben empörte Bürgerinnen und Bürger eine Unterschriftenaktion gestartet,  
18 um ihrem Unmut über das Verhalten von aha Luft zu machen. Dazu erklärt die Geschäftsleitung  
19 zynisch, dass den Groß-Buchholzern die Schließung des Wertstoffhofes zuzumuten sei, da „die  
20 Wertstoffhofdichte in Hannover sehr gut sei, im Vergleich mit anderen Großstädten sogar hoch“.  
21 Der Abfallentsorger muss sich bei einem solchen Verhalten nicht wundern, wenn frustrierte  
22 Bürgerinnen und Bürger ihren Müll in die Landschaft werfen.

# 1 V - Verschiedenes

---

2 V-1

3 *Abwahl Ausschussvorsitz*

---

4 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Wennigsen

5 **Adressat:in:** SPD-Landesparteitag

6 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

7 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

8 Die Abberufung von Vorsitzenden der Ausschüsse der Vertretung gemäß § 71 NKomVG soll durch  
9 Abstimmung durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitglieder der Vertretung (Rat) ermöglicht  
10 werden.

11 **Begründung:**

12 Im NKomVG ist zwar die Abwahl des Ratsvorsitzenden durch qualifizierte Mehrheit im Rat  
13 vorgesehen. Eine solche Möglichkeit besteht für Vorsitzende der Ausschüsse allerdings nicht. Bei  
14 gravierenden Fehlleistungen einer\* eines Vorsitzenden, wie wir sie in Wennigsen erleben müssen,  
15 kann nur die den Vorsitz im Ausschuss benennende Fraktion eine Abberufung vornehmen. Sollte sich  
16 die Fraktion verweigern, führt dies unter Umständen zu unerträglichen Ergebnissen.

17 Der Gesetzgeber will mit dieser Ausgestaltung sicherlich verhindern, dass Mehrheiten in den Räten  
18 in die Personalentscheidungen anderer Fraktionen eingreifen können, dies ist womöglich auch als  
19 Minderheitsschutz gedacht. Dennoch kann eine ungeeignete Person im Vorsitz eines Ausschusses  
20 die Arbeit der Vertretung behindern und ihre Außenwirksamkeit negativ beeinflussen. Daher sollte  
21 es Recht der Vertretung sein über eine Abberufung zu entscheiden. Es sollte ein Quorum von zwei  
22 Dritteln der Mitglieder der Vertretung vorgesehen werden, um einen Missbrauch zu verhindern.

3 **Antragsteller:in:** SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

4 **Adressat:in:** Unterbezirksparteitag SPD-Region Hannover

5 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Regionsfraktion

6 **Empfehlung der Antragskommission:** Annahme

7 Die SPD setzt sich dafür ein, die Verfügbarkeit freien WLANs in der gesamten Region Hannover  
8 auszubauen. Die Region soll hierfür mit existierenden zivilgesellschaftlichen Initiativen, insbesondere  
9 Freifunk Hannover kooperieren.

10 Zu diesem Zwecke soll die Region Hannover Freifunk Hannover bzw. den zuständigen Förderverein  
11 FNorden e. V. zukünftig

12 1. gemeinsam mit der Stadt Hannover finanziell unterstützen und

13 2. ihre Standorte und Netze für eine Nutzung durch Freifunk Hannover zur Verfügung stellen,  
14 insbesondere um die Versorgung mit freien WLAN an abgelegenen und anderen Orten mit  
15 schwacher Versorgungslage zu ermöglichen.

16 **Begründung:**

17 Der Zugang zum Internet ist ein Menschenrecht. Er muss deshalb umfassend und jederzeit  
18 gewährleistet sein. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich diesem Ziel verpflichten, unterstützen  
19 die öffentliche Hand bei ihrer Aufgabe der Sicherstellung der Grundversorgung im öffentlichen  
20 Raum. Insbesondere bei Projekten der Digitalisierung gilt es, die Schaffung von Parallelstrukturen zu  
21 vermeiden und stattdessen ein Miteinander von Zivilgesellschaft und staatlichen/kommunalen  
22 Strukturen zu fördern. Freifunk Hannover hat sich hierbei in der Vergangenheit bereits besonders  
23 ausgezeichnet, in dem es beispielsweise über 30 Flüchtlingsheime in Kooperation mit der Stadt  
24 Hannover mit Internet versorgt hat.

25 Die finanzielle Förderung von Freifunk Hannover würde der Initiative Sicherheit geben, um langfristig  
26 die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu gewährleisten. Die Förderung dieses ehrenamtlichen  
27 Engagements ist dabei erheblich günstiger, als einen selbstständigen Ausbau des öffentlichen  
28 WLANs zu betreiben. Zudem führt die zivilgesellschaftliche Verankerung der Initiative dazu, dass  
29 unbürokratisch und schnell andere Projekte des bürgerschaftlichen Engagements, wie  
30 Nachbarschaftstreffs, unterstützt werden können.

31 Das Zurverfügungstellen der Netze und Anschlüsse der Region Hannover würde die Qualität und den  
32 Umfang des öffentlichen WLANs in der Region auf eine neue Stufe heben. So würde dies zum einen  
33 dazu führen, dass im öffentlichen Raum für Geflüchtete, Bürgerinnen und Bürger, Touristinnen und  
34 Touristen und andere klar wäre, dass jede durch die Region betriebene Einrichtung auch ein freier  
35 Zugangspunkt zum Internet ist. Hannover würde sich somit weiter als digitale, moderne und offene  
36 Region positionieren. In Verbindung mit dem Beschluss des SPD-Stadtverbandes, eine  
37 entsprechende Unterstützung auch durch die Landeshauptstadt Hannover zu fordern, wird der  
38 Zugang zum Internet im öffentlichen Raum in der gesamten Region erheblich verbessert.

- 1 [Impressum](#)
- 2 **Angaben gemäß § 5 TMG** (Verantwortlich für den Inhalt)
- 3 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- 4 SPD-Unterbezirk Region Hannover; vertreten durch den Geschäftsführer Peter Schulze
- 5 Odeonstraße 15/16; 30159 Hannover
- 6 Telefon: (0511) 1674 - 240; E-Mail: [region.hannover@spd.de](mailto:region.hannover@spd.de)